

DISPATCH

CLASSIFICATION

DISPATCH SYMBOL AND NO.

REPORT/SECRET

DATA-21123

REPORTING FILE NO.

TO
Chief of Base, Bonn
RE, COB

FROM
Chief of Base, Frankfurt

DATE

Aug 25 1958

SUBJECT

CARL/CARAVEL/CASTRUP

Involvement of CARPENTRER in Corruption Scandal.

ACTION REQUIRED

INDEXING CAN BE JUDGED
BY QUALIFIED HQ. DESK ONLY

CLASSIFIED

1. On 15 August 1958 CARAVEL arranged a special meeting with [redacted] at which he mentioned his concern at the fact that CARPENTRER is involved to some degree in the corruption scandal that is currently receiving the attention of the press and is being investigated by

Dr. Franz DREIER

Overstabschef in Bonn
address (1956) Bonn, Wilhelmstrasse 21/23, tel. 3 19 51.

2. CARAVEL made reference to an article that had appeared in Der Spiegel's issue of 9 July 1958, page 17, titled Korruption: Ihr nicht Kleinlich, copies attached. A sentence of this article reads, in translation, "The Deutsche Schlichtung und Spiesengemeinschaft mbH (German Sleeping and Dining Car Corporation) sent him (Ministerialrat Hans KILB), for example, with touting regularly packages of coffee at the Chancellery, and actually even after KILB was relieved in the spring of this year." CARAVEL explained that the Sleeping Car Corporation had a regular mailing list of public officials to whom packages of condiments were sent, and that CARPENTRER had received and consumed such packages, or at least one such package at Christmas time. The Prosecutor Dr. DREIER has come into possession of the mailing list, presumably with a record of packages sent, and may investigate CARPENTRER directly.

3. In response to a question, CARAVEL said that the matter would hardly come to court, but that some disciplinary action would probably have to be undertaken. Asked whether anything could be done, CARAVEL said that he had discussed the matter with CARPENTRER, who is quite worried, and with

Dr. Rudolf WOLFF

born 15 September 1905 in Pirmasens

the competent official in the Ministry of Interior, and there was no way that he could see whereby any official either of the Bundesminister or of the Ministry of Interior could intervene without damaging CARPENTRER's case further. It was tacitly understood between CARAVEL and [redacted] that no action was feasible on the part of the Americans.

4. Further details of this situation will be reported as received.

APPROVED: [redacted]

Distribution: [redacted]

3-EE 1-324-5-55 w/att. v/h
2-COB w/att. v/h
2-BONN w/att. v/h

FORM 33b
10-57

USE PREVIOUS EDITION
REPLACES FORM
1122, 51-55A AND 51-50
WHICH ARE OBSOLETE.

CLASSIFICATION
SECRET/NAFOK

CONTINUED

PAGE NO.

COPIES

1384-2-1/3

EE

In einzelnen Fällen ausgereicht hätte, um Verfahren gegen bestimmte Firmen und Personen zu eröffnen, konzentrierten sich Dr. Drügg und seine Spürhunde darauf, den Sumpf, den sie entdeckt hatten, erst einmal in ganzer Größe abzustocken. Diese Pat-Pat-Taktik geht auch heute noch so weit, daß selbst die Bundesminister, deren Ministerien in die Korruptionsfälle verwickelt sind, nicht darüber aufgeklärt werden, was sich in den Büros der Bonner Staatsanwaltschaft und der nordrhein-westfälischen Kriminalpolizei zusammenbraut.

Heute, nach gut einem halben Jahr heimlicher Recherchen, haben die Sonderkommissionen Unterlagen für insgesamt 230 teils leichte, teils schwere Korruptionsvorgänge gesammelt.

Fredlich gelang es den Kriminalpolizisten nicht, diese groß angelegte Aktion weiterhin gänzlich geheimzuhalten. Der Mann, der den Mund nicht halten konnte, war ihr oberster Chef, Nordrhein-Westfalens Innenminister im SPD-Kabinett, Stephan Bismat.

SPD-Bismat, dem kraft seines Amtes die dem Oberstaatsanwalt zugeordneten Kriminalbeamten der Sonderkommissionen unterstehen, war über die Vorgänge unterrichtet worden. In einer Wahlversammlung konnte der Innenminister es sich aus naheliegenden Gründen nicht verkneifen, von „interessanten Querverbindungen zwischen CDU und Großindustrie, deren Kontakbüros unmittelbar vor der Ausbeutung stehen“, zu munkeln.

Als ihm diese Äußerung prompt eine Verleumdungsklage der nichtstehenden Christdemokraten eintrug, posierte Bismat noch mehr hinaus. Im Briefin des Chefs seiner Kriminalpolizeiabteilung, Kriminaldirektor Weber, verkündete er am Freitag vergangener Woche auf der Landespressekonferenz zu Düsseldorf lauthals, daß die Oberstaatsanwaltschaft in Bonn eine Anzahl schwerer Korruptionsfälle verfolge, daß „hohe Beamte und auch Parlamentarier“ in die Korruptionsfälle verwickelt seien und daß es um „höchste Dienststellen und Firmen von Welt Ruf“ ginge.

Verriet Bismat: „Es scheint in weiten Kreisen kaum noch ein Gefühl dafür vorhanden zu sein, was aktive und was passive Beteiligung ist, und daß der Beamte Sachverwalter öffentlicher Anliegen ist.“

Obwohl diese Angaben höchst vage gehalten waren, so genügten sie doch, um die Betroffenen aufzuschrecken. Stöhnende der Korruptions-Jäger Oberstaatsanwalt Dr. Drügg: „Da sind mir jetzt einige Fälle kaputtgegangen.“

Immerhin, trotz dieser Panne blieben dem Oberstaatsanwalt noch genug Fälle, die schwerlich noch „kaputtgehen“ können. Der größte Fisch in seinem Netz ist bislang die Firma Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim.

Diese von den Kriminalbeamten aufgedeckten Praktiken, die von der Weltfirma Mercedes beim Hoffern der Bonner Behörden angewendet wurden, erscheinen vielleicht — gemessen an auch sonst üblich gewordenen Praktiken — nicht ungewöhnlich, darum aber nicht weniger bedenklich.

Beispielsweise ist es bei den Mercedes-Leuten selbstverständliche Übung, Staatssekretären, Abteilungsleitern und persönlichen Referenten von Behördenchefs „aus Repräsentationsgründen Mercedeswagen auszuleihen“. Die Nutznießer dieser Großzügigkeit sind selbstverständlich von irgendwelchen Leihgebühren befreit. Die Ermittlungsbeamten des Oberstaatsanwalts stellten fest, daß sich diese Mercedes-Gesälligkeiten bei den Spitzenfunktionären der Bonner Bürokratie lebhaften Zuspruchs



Korruptionschef von Bismat
Innenminister von NRW

erfreuen. Die Mercedes-Werke unterhalten für diesen Zweck eigens eine Leihabteilung.

Was die Leihdauer anbetrifft, so ist Mercedes auch in dieser Hinsicht nicht kleinlich: Der Rückgabe-Terrain wird offengelassen. Ebensovien wird den Staatssekretären, Ministerialdirektoren und persönlichen Referenten zugemutet, während der Benutzungszeit eventuell entstandene Schäden am Leihwagen aus der eigenen Tasche zu bezahlen.

Den Verdacht, daß die Automobilbeule mit dieser Art Großzügigkeit etwas erreichen wollen, weist der Leiter des



Ehemaliger Ministerialrat Klib
Kabriolett in Blau

Daimler-Benz-AG-Hauptsekretariats. Dr. Reith (Lunser Haus hat ein feines Gewissen), weit von sich. Die Bonner Herren müßten doch repräsentieren. Dr. Reith: „Das sind ja dann auch keine kleinen Leute gewesen.“

Zu denen, die von den Mercedes-Vertretern für nicht zu klein befunden wurden, gehörte zum Beispiel der persönliche Referent des Bundeskanzlers, Ministerialrat Hans Klib. Allerdings schwer verständlich, wie sich die einem Kanzler-Adjutanten obliegenden Repräsentationsverpflichtungen protokollierend in einem Sportwagen abwickeln lassen. Klib hatte sich von den Untertürkheimern zunächst einen rasigen Mercedes 190 SL zur Verfügung stellen lassen. Dazu Dr. Reith heute: „Wenn er ein Herr uns sagt, er möchte mal einen 190 SL fahren, dann sind wir nicht kleinlich.“

Als der persönliche Referent des westdeutschen Regierungschefs den Sportwagen schließlich zerbeult hatte, zeigte sich das Untertürkheimer Werk erneut von seiner spendablen Seite: Es gab dem Klib statt dessen ein nicht weniger schnittiges 220er Kabriolett in Blau. Daß soviel Generosität gegenüber einem Beamten noch in den Grenzen des Erlaubten bleibt, davon sind die Mercedes-Oberen fest überzeugt. Dr. Reith: „Wenn der Herr Bundeskanzler täglich sieht, daß sein Mitarbeiter einen Mercedes fährt, dann ist das doch selbstverständlich eine Genehmigung von Herrn Adenauer — dann ist das doch sanktioniert.“

Dem Ministerialrat Klib selbst waren ohnehin irgendwelche Bedenken ob der Lauterkeit dieses Tuns fremd. Das mag nicht zuletzt daran gelegen haben, daß ihm seit langem von vielen Seiten Aufmerksamkeiten zum Zwecke der Repräsentation zugehen. Die Deutsche Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft m.b.H. schickte ihm beispielsweise mit rührender Regelmäßigkeit Kaffeepakete ins Kanzleramt — und zwar auch dann noch, als Klib im Frühjahr dieses Jahres versetzt wurde. Sein Nachfolger, der Ministerialrat Dr. Bachmann, ließ diese Kaffeeversendungen, die ihn irrtümlich erreichten, entrüsten an die Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft als falsch adressiert zurückgehen.

Klib indes kann gewiss im Palais Schaumburg gesammelte Erfahrungen auf seinem neuen Posten verwerten: Er wurde mit dem Aufbau der Hauspolizei bei der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) in Brüssel beauftragt.

Daimler-Benz ist allerdings nicht die einzige Großfirma, gegen die Oberstaatsanwalt Drügg seine Ermittlungsbeamten ansetzt. Der Kriminalpolizei kamen Umfang und Preisniveau der Bundesaufträge für die Firma Siemens & Halske so ungewöhnlich vor, daß sie es für angebracht hielt, das Bonner Büro der Firma zu durchsuchen.

Auch dafür, wie wenig schissam Bonner Beamte mitunter mit dem Ruf ihrer Behörden umgehen, gab es im Zusammenhang mit der Firma Siemens ein schönes Beispiel: Jener Oberbaudirektor Harmsenig vom Verteidigungsministerium, der unter anderem für die Auftragserteilung auf bestimmten elektrotechnischen Gebieten zuständig war und im Herbst vorigen Jahres verhaftet wurde, hatte eines Tages einen Vertreter bitten lassen, ihn — den Oberbaudirektor — statt in seiner Dienststelle der Einfachheit halber im Siemens-Büro aufzusuchen.

Dr. Drügg's Ermittlungsbeamte fürchten, daß vor allem bei der Abwicklung jener Bestellungen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die — aus Mitteln des Ver-



Postminister Stöcklen
Verwicklungen im Fernmeldewesen?

leidigungsersatz — vom Bonner Bundespostministerium zum Ausben des militärischen Fernspionages in Auftrag gegeben werden.

Als Bundespostminister Stöcklen erstmals von diesen Vorgängen hörte — es war am vorletzten Wochenende — wachte er sich fernschriftlich mit der Bitte um nähere Auskunft an den süddeutschen brennweiten-fällischen Innenminister Biernat. Schrieb Stöcklen: „Zu Ihrer Presseerklärung vom 27. Juni über eine neue Korruptionsaffäre in Bonn soll in einer ergänzenden Bemerkung erwähnt werden, daß auch Beamte der Deutschen Bundespost in diese Angelegenheit verwickelt seien. Sofern dies zutrifft, bitte ich unverzüglich um Angabe der Namen der Beteiligten sowie um Mitteilung über die näheren Umstände.“

Doch Biernat war inzwischen zurückgepfiffen worden, und Stöcklen konnte keine Einzelheiten mehr erfahren. Oberstaatsanwalt Dr. Drügg hatte beim Justizminister in Düsseldorf den Alleingang des SPD-Ministers beanstandet, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Steinhoff hatte angeordnet, daß über die Ermittlungsarbeiten aufs neue strengstes Stillschweigen gewahrt wird.

So kam es, daß auch die beiden Staatssekretäre im Bundespostministerium, Dr. Steinmetz und Professor Gladenbeck, nicht informiert wurden und ihrem Minister keine aufklärende Antwort geben konnten, als Stöcklen die beiden am Mittwoch letzter Woche ungeduldig Auskunft heischend anging: „Also, meine Herren, was ist los?“

Nicht ganz so desorientiert über die Ermittlungen der Oberstaatsanwaltschaft scheint hingegen ein Kabinettskollege Stöcklens zu sein, der Bundesminister für Verkehr Hans-Christoph Seeböhm.

Daß Seeböhm ausnahmsweise frühzeitig von gewissen Dingen erfuhr, erhielt er darauf zurückzuführen, daß der Name des Ministers selbst im Zusammenhang mit einer Korruptionsaffäre genannt wird. Wenn die Ermittlungen der

Oberstaatsanwaltschaft sich als stichhaltig erweisen, ist diese Affäre etwas anders geartet als die übrigen: Sie wurde nicht von einer Firma mit Weltruf, sondern von einem westfälischen Lokalunternehmer entdeckt, von dem fünfzigjährigen Tankstellenpächter und Millionär Eberhard Heibach aus Rhynern.

Dieser Heibach zählt zu jenen Zeitgenossen, die erst in den Nachkriegswirren binnen kurzer Zeit zu einem ansehnlichen Vermögen gebracht haben. Noch 1946 hatte sich Heibach als mittelloser Angestellter einer Tankstelle verdient, wenige Jahre später hatte er bereits zum Pächter von zehn der insgesamt dreizehn Autobahntankstellen im Lande Nordrhein-Westfalen gebracht.

Dieser flotte Aufstieg war insofern erstaunlich, als in allen anderen Bundesländern die Bestimmungen für Autobahntankstellen, die damals noch von den Ländern verwaltet wurden, ausdrücklich vorschrieben, daß eine Einzelperson jeweils nur Pächter einer einzigen Tankstelle sein durfte.

Seit die Autobahntankstellen sämtlicher Länder 1952 in die Regie einer vom Bundesverkehrsministerium gegründeten zentralen Autobahngesellschaft übergingen, gilt die Vorschrift, daß niemand mehr als eine Autobahntankstelle pachten darf. Im ganzen Bundesgebiet. Deswegen aber wurden Heibachs Pachtverträge für alle zehn Tankstellen verlängert, zudem gleich für die Dauer von nicht weniger als fünf Jahren.

Wie Heibach das zuwege brachte und welche Kunstgriffe er sich dabei bedient haben will, darüber gab ein ehemaliger Mitarbeiter Heibachs, ein Mann namens Kempka aus Bülben im Rheinland, im April vorigen Jahres bei der Düsseldorfer Kriminalpolizei einige Einzelheiten zu Protokoll.

Kempka will wissen, daß Heibach bis 1954 leitende Beamte im nordrhein-westfälischen Ministerium für Wirtschaft und



ADAC Präsident Köther
Rente für Angehörige?



Verkehrsminister Seeböhm
Begegnung mit Heibach?

Verkehr und auch im Bundesverkehrsministerium zu Bonn bestanden. Herr für die Verlängerung seiner Pachtverträge zu gewinnen.

Kempka wollte auch noch die Verbindungen zu berichten, die Mittelsmann habe Heibach dem Sportpräsidenten des Deutschen Automobil-Clubs (ADAC), Julius Köther, aufgenommen. Köther hat, wenn man den nicht zu vernachlässigen Namen durch den Vornamen Jules ersetzt, ist einer der Bundesminister für Verkehr, Hans-Christoph Seeböhm.

Bei der Düsseldorfer Kripo ist zu Protokoll, daß Heibach vom Sportpräsidenten eine Funktionsemission in Form einer monatlichen 3500 Mark versprochen habe. „Jules“ Köther gelinge, eine Verbindung mit Bundesminister Seeböhm, eine Verlängerung der Pachtverträge arrangieren. Die Begegnung des Tankstellenpächters mit dem Bundesminister dann auch anlässlich einer Geburtstagsfeier Köthers stattgefunden.

Wenig später erhielt Heibach die Verlängerung seiner Pachtverträge auf fünf Jahre.

Nunmehr interessiert sich die Oberstaatsanwaltschaft für die Hintergründe etwas außergewöhnlichen Vertragsabwicklung. Im übrigen sind diese Pachtverträge von insgesamt zehn, an denen die Oberstaatsanwaltschaft und Kripo im Raum arbeiten. Aber man hüllt sich in Geheimnis. Drügg: „Es muß wieder Dunkelheit herrschen.“

Gerade diese Geheimhaltung reizt den Bonner Ministerpräsidenten zum Unbehagen. Der Pressesprecher des Ministerpräsidenten, Hans-Joachim Schmückle, ließ Biernat auf die Fragen der Presse antworten, bei der die Angelegenheit nachfragte, er könne nichts aus dementieren.

Kam der lakonische Ministerpräsident von würden wir abwarten.“